

POSITIONSPAPIER zur außerschulischen politischen Bildung in Österreich¹

Beschluss der IGPB-Generalversammlung vom 02. März 2012

1. Vorbemerkung

Demokratie ist per definitionem auf die politische Partizipation der Bürgerinnen und Bürger angewiesen, die an der Identifizierung der gesellschaftlichen Fragen und Probleme ebenso mitwirken wie an deren Lösungen. Zudem ist Demokratie nur durch die politische Artikulation und das konflikthafte Aushandeln von Interessen sozialer Gruppen lebendig zu halten. Eine Bereitschaft zu solcher Teilnahme und der niederschwellige Zugang zur Teilhabe sind aber nicht voraussetzungslos vorhanden. Partizipation von großen Teilen der Bevölkerung ist keine Selbstverständlichkeit in demokratischen Staaten.

Neben strukturellen Voraussetzungen und politischen Maßnahmen kommt ohne Zweifel auch der politischen Bildung eine wichtige Aufgabe in dem intendierten Prozess zu, der den *Demos* einer solchen selbstverständlichen Teilnahme und Teilhabe an der Demokratie zuführen soll.

2. Außerschulische politische Bildung in Österreich

In einem Grundsatzpapier² zur politischen Erwachsenenbildung wird diese wie folgt definiert:

„Wir verstehen politische Bildung als angeleitete und institutionalisierte Möglichkeit der Reflexion über das Politische, um kritisches Bewusstsein, selbstständige Urteilsfähigkeit und politische Mitgestaltung zu fördern. Gezielt in Gang gesetzte Reflexionsprozesse über Politik und Gesellschaft können individuelle und strukturelle Veränderungspotenziale verstärken, Handlungsoptionen eröffnen und konkrete Interventionen ermöglichen.“

Das in diesem Zitat beschriebene, Demokratie als einen unabschließbaren Prozess begreifende, auf individuelle und strukturelle Veränderungen zugleich zielende Verständnis

¹ Die in diesem - von Gertraud Diendorfer und Hakan Gürses erarbeiteten - Papier formulierten Positionen decken sich weitgehend mit der Grundsatzerklärung der IGPB (zu finden auf www.igpb.at). Im vorliegenden Text werden Fragen und Forderungen hervorgehoben, die der Besonderheit außerschulischer politischer Bildung entspringen. Das Papier wurde auf der 2. Tagung der IGPB im März 2011 präsentiert und anschließend in einem Online-Forum zur Diskussion gestellt. Die geäußerten Kommentare und Änderungsvorschläge wurden eingearbeitet.

² Das Grundsatzpapier wurde 2006 von der ÖGPB – *Österreichischen Gesellschaft für Politische Bildung* initiiert und von über 20 ExpertInnen aus verschiedenen Bildungseinrichtungen ausgearbeitet. Das Papier samt der Liste von AutorInnen und ihrer Einrichtungen ist online zu finden auf: http://www.politischebildung.at/upload/oegpb_image_folder.pdf

von politischer Bildung ist eine von mehreren möglichen Definitionen. Es gibt in der österreichischen Landschaft politischer Bildung verschiedene Zugänge oder Akzentuierungen, etwa solche, die der politischen Bildung eher eine das demokratische System *erhaltende* Aufgabe zuschreiben; oder solche, die sich vorwiegend an Erwerb und Erweiterung von *Kompetenzen* orientieren; sowie jene, die in der politischen Bildung vor allem die Möglichkeit der *Selbstermächtigung (self-empowerment)* diskriminierter Gruppen erblicken. Diese unterschiedlichen Akzente der politischen Erwachsenenbildung und außerschulischen Jugendbildung, die sich gegenseitig ergänzen, oft auch überschneiden, schlagen sich in Lernorten, -inhalten, -zielen sowie -methoden nieder und hängen auch eng mit den Trägereinrichtungen zusammen.

Anders als bei der schulischen politischen Bildung, die durch Schulgesetze und Erlässe legitimiert und großteils auch curricular geregelt ist, basiert die außerschulische politische Bildung auf der Pluralität freier Träger und AkteurInnen entsprechend der Heterogenität der Gesellschaft, die geprägt ist von unterschiedlichen Interessen und Positionen, nicht zuletzt auch von der kontrastreichen Geschichte hiesiger außerschulischer Bildungseinrichtungen.

Die Pluralität der Kontexte, Inhalte und Ziele innerhalb der politischen Erwachsenenbildung und außerschulischen Jugendbildung entspricht der sozio-politischen Realität in Österreich. Sie ist eine wichtige Voraussetzung für eine lebendige Demokratie und ist daher von der öffentlichen Hand sicherzustellen.

3. Professionalisierung im Bereich der außerschulischen politischen Bildung

Eine solche Vielfalt an Einrichtungen und Ansätzen kann jedoch leicht dem Missverständnis Tür und Tor öffnen, außerschulische politische Bildung werde von *Beliebigkeit* geleitet. Daher ist eine fachspezifische *Verbindlichkeit* für jedes Bildungsangebot des Politischen vonnöten.

Diese Verbindlichkeit stellt auch seit längerem unter dem Titel „Professionalisierung“ einen wichtigen Gegenstand der Fachdebatten dar. Gerade im Bereich der außerschulischen politischen Bildung kommt Professionalisierung einer Gratwanderung gleich: Einerseits sind Kriterien und Grundsätze zu beachten, die Indoktrination, Beliebigkeit und Einseitigkeit vermeiden helfen sollen. Andererseits darf die bereits erwähnte Pluralität der außerschulischen Bildung nicht durch vereinheitlichende, Differenzen ausblendende oder überdeckende Maßnahmen eingeebnet werden.

Einer solch ambivalenten Aufgabe kann das Prinzip gerecht werden, nicht Kontexte, Inhalte oder Ziele, sehr wohl aber *AnbieterInnen* politischer Bildung zu „professionalisieren“. Im Konkreten umfasst dieses Prinzip drei wesentliche Handlungsbereiche:

1. Lehrende, ReferentInnen, TrainerInnen u. a. benötigen Professionalisierung; allerdings nicht im Sinne einer kanonisierten Didaktik oder standardisierten Ausbildung, sondern auch hier sollte eine Pluralität der Zugänge und Ansätze gewahrt bleiben. Zur Professionalität der Lehrenden gehört auch die Selbstverpflichtung, (didaktische) Grundsätze zur Qualität Ihrer Bildungsangebote auszuarbeiten und einzuhalten.
2. Die in den Bildungsangeboten angewandten Methoden sollen den politikdidaktischen Anforderungen entsprechen. Methoden der politischen Bildung sind nicht beliebig, obwohl sie in einer großen Vielfalt vorhanden sind. VeranstalterInnen außerschulischer politischer Bildungsangebote können aus diesem Methodenpool gemäß ihrer jeweiligen Zielgruppe solche wählen oder adaptieren, die sich – im Hinblick auf den Stand der Forschung und auf den Erfahrungswert – als adäquat erwiesen haben. Eine zentrale Bedeutung kommt daher den fachinternen, auf wissenschaftlicher Basis sowie Erfahrungsaustausch geführten Debatten um die *Qualität und Anwendbarkeit von Methoden* zu.
3. Die eigenen Lernarrangements sind – zumindest in einer Langzeitperspektive – auf die Erfüllung der aufgestellten Ziele, Grundsätze und Kriterien zu *überprüfen*. Eine solche (Selbst-)Evaluation muss nicht formalisiert werden, es muss dabei auch nicht um eine an Output orientierte Wertung gehen. Vielmehr sind der Verlauf des betreffenden Lernarrangements und die Reaktionen von TeilnehmerInnen mit den vorangestellten Zielen und angewandten Methoden zu konfrontieren, um daraus – zwecks weiterer Angebote oder Neukonzeption desselben Lernarrangements – Lehren zu ziehen.

Daraus ergibt sich eine Liste von Forderungen und Voraussetzungen für eine pluralistische sowie verbindliche politische Bildung im außerschulischen Bereich:

- Ausbau fachspezifischer Weiterbildungsmöglichkeiten und -einrichtungen für TrainerInnen und ReferentInnen politischer Erwachsenen- und Jugendbildung;
- Intensive, organisierte und auch institutionalisierte Kooperationen zwischen AkteurInnen der wissenschaftlichen Forschung und den Lehrenden/TrainerInnen politischer Bildung sowie ihrer Einrichtungen;

- Ausbau von Kommunikationsplattformen für den Erfahrungs-, Wissens- und Informationsaustausch unter den Lehrenden/TrainerInnen der politischen Bildung und einer an politischer Bildung interessierten Zivilgesellschaft;
- Formulierung von didaktischen Prinzipien im Sinne der Selbstverpflichtung;
- Ausbau der gewidmeten Ressourcen, damit sich der Bereich besser selbst regulieren kann (inkl. Selbstevaluation);
- Transparenz bei der Verteilung von Fördermitteln, insbesondere mit Blick auf die Förderung von Politischen Akademien der Parteien;
- Vergrößerung des Volumens von öffentlichen Fördermitteln für die außerschulische politische Bildung.

Diese (nicht vollständige) Liste von Maßnahmen zur Verbindlichkeit ist als ein Vorschlag an alle AkteurInnen der außerschulischen politischen Bildung zu verstehen. Die Umsetzung der darin enthaltenen Forderungen kann nicht Aufgabe einer zentralen Instanz sein, sondern Ergebnis eines gemeinsam und dialogisch zu gestaltenden Arbeitsprozesses. Nichtsdestoweniger betrachtet es die IGPB als eine wichtige Aufgabe der Republik Österreich, die Pluralität der außerschulischen politischen Bildung insbesondere durch ein klares Bekenntnis zu den oben angeführten Zielbestimmungen sowie durch Sicherstellung eines strukturellen Rahmens zu fördern.